

Die Auflösung des liberalen Konsenses

Vortragsreihe zur kritischen Rechtstheorie

Sommersemester 2019, Wintersemester 2019/20
Professur für Politische Theorie, Philosophie und Ideengeschichte
am Seminar für Wissenschaftliche Politik
in Kooperation mit dem Colloquium politicum



Die 2010er Jahre sind ein düsteres Jahrzehnt für den demokratischen Rechtsstaat. Der enorme Machtzuwachs von rechtspopulistischen Parteien in Europa und Amerika, und die Entwicklung von autokratischeren Regimen in Osteuropa und Südamerika – weltweit löst sich der liberale Konsens auf. Dieser bestand seit dem Ende des Kalten Krieges in der weltweit geteilten Überzeugung, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Kooperation die Basis jedes politischen Fortschritts sind. Der Kerngedanke des liberalen Konsenses war, dass Politik und Recht sich wechselseitig bedingen, aber dabei unabhängig voneinander sind und sich gegenseitig kontrollieren. Doch rechtspopulistische und autoritäre Politik der jüngsten Geschichte, die keine Begrenzung durch Rechtsstaatlichkeit akzeptiert, bringt dieses stabil gewohnte Verhältnis von Recht und Politik aus den Fugen. Die Vortragsreihe stellt vor diesem Hintergrund die Frage, wie Recht und Politik durch kritische Ansätze in der Rechtstheorie neu gedacht werden können.

Format: öffentlicher Abendvortrag, nach Möglichkeit an einem Dienstagabend und Vormittagsworkshop mit Anmeldung auf Grundlage von Lektüre am folgenden Tag

Wintersemester 2019/20

Svenja Ahlhaus, Di 26./ Mi 27. November 2019

Demokratie, Grenzen und Mitgliedschaft

In Demokratien wird täglich über Mitgliedschaft gestritten: Sind Einbürgerungstests sinnvoll? Sollten Gefangene wählen dürfen? Dürfen verurteilten Terroristen die Pässe entzogen werden? Unstrittig scheint jedoch, dass ‚wir‘ es sind, die über ‚unsere‘ Grenzen entscheiden dürfen. Gegen diese verbreitete Annahme lautet die These des Vortrags, dass Mitgliedschaftsentscheidungen von Bürgerinnen und Nicht-Bürgerinnen gemeinsam getroffen werden sollten. Staaten sind keine Clubs, die über ihre Beitrittskriterien eigenständig bestimmen können, sondern müssen bei diesen Grenzfragen Außenstehende in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Doch wer sollte teilhaben und wie soll entschieden werden? Der Vortrag entwickelt die Umrisse einer kritischen Mitgliedschaftstheorie.

Jelena von Achenbach, 13./14. Januar 2020

**Geschlecht und demokratische Repräsentation
unter dem Grundgesetz**

In allen deutschen Parlamenten sind die gewählten Abgeordneten ganz überwiegend Männer. In Baden-Württemberg liegt der Männeranteil im Landtag bei 75,5 Prozent. Im Bundestag sind es 68,7 Prozent. Können und sollen vor diesem Hintergrund alle Parteien gesetzlich verpflichtet werden, genau so viele Frauen wie Männer für Wahlen aufzustellen („Parität“)? Das ist in Deutschland auf Bundes- wie auf Länderebene sehr umstritten. Dieser Streit um die Parität bildet im Vortrag und im Workshop das Material, um zu diskutieren, was die ungleichen Geschlechterverhältnisse in den Parlamenten für die demokratische Qualität der politischen Repräsentation bedeuten. Das ist eine normative, demokratietheoretische und zugleich eine rechtliche Frage. Denn es geht direkt um die zentralen demokratischen Grundsätze der Verfassung: politische Gleichheit und Freiheit, repräsentative Demokratie und die Offenheit des demokratischen Prozesses. Der Streit um die ungleichen Geschlechterverhältnisse in den deutschen Parlamenten und die Parität dreht sich im Kern darum, ob die verfassungsrechtlichen Grundsätze kritische, progressive Bedeutung entfalten. Oder legitimieren und konservieren sie stattdessen als formale Prinzipien („Die Abgeordneten des Bundestages sind Vertreter des ganzen Volkes.“) den Status quo?

Elisabeth Holzleithner, 27./28. Januar 2020

TBA

Rückblick auf das Sommersemester 2019

Kolja Möller, Populismus und Verfassung, Di 28./ Mi 29. Mai 2019

<https://www.karstenschubert.net/news/19-05-vortrag-von-kolja-moeller/>

Tim Wihl, Die Demo als Revolte, Mo 15./ Di 16. Juli 2019

<https://www.karstenschubert.net/news/19-07-die-demo-als-revolte-vortrag-von-tim-wihl-freiburg-kritische-rechtstheorie/>

Ansprechpartner

Karsten Schubert, karsten.schubert@politik.uni-freiburg.de